

29.03.1989

Auch Kreistag sagt ja zu neuer Sonderschule

Einstimmiges Votum für Lebenshilfe-Plan

RM Nordhorn. Einstimmig hat sich der Grafschafter Kreistag in der vergangenen Woche für den Plan der Nordhorer Lebenshilfe ausgesprochen, die bisherige Tagesbildungsstätte ab August in eine Sonderschule für geistig Behinderte umzuwandeln. Sprecher aller Fraktionen machten deutlich, daß auch die Politiker den Wunsch der Eltern respektieren und alles für die bestmögliche Betreuung der behinderten Kinder tun wollen. Sie erkannten aber auch die Sorgen der Beschäftigten der Tagesbildungsstätte an, die nun um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Nachdem Vorstand, Elternrat und Elternschaft der Nordhorer Lebenshilfe die Einrichtung einer Sonderschule G beschlossen haben (die GN berichteten), mußte auch der Kreistag über die Schulpläne beraten, weil der Landkreis Träger der künftigen Sonderschule sein wird. Dies geschah in der vergangenen Woche noch vor der Erörterung des Themas im Schulausschuß, um den angepeilten Termin 1. August einhalten zu können.

Während der Debatte wies Oberkreisdirektor Dr. Terwey darauf hin, daß laut Gesetz einzig der Wille der Eltern entscheidend ist. Da die Eltern die Schule gefordert hätten, könne der Kreis deren Einrichtung überhaupt nicht ablehnen. Der von vielen als zu kurzfristig empfundene Termin 1. August 1989 sei ebenfalls allein Sache der Eltern und des Vorstands der Lebenshilfe.

Insbesondere DKP-Vertreter Hartmut Sychla meinte, der Kreis habe neben der Verantwortung für das Wohl der Behinderten auch eine Verantwortung für das Personal der jetzigen Tagesbildungsstätte. Außerdem dürfe die neu einzurichtende Schule nicht mit Dreiviertelstellen abgespeist werden. SPD-Kreistagsmitglied Jan Oostergetelo meinte, es

sei schwer zu übersehen, ob die geplante Sonderschule tatsächlich eine Verbesserung darstellt. Die jetzigen, möglicherweise nicht ausreichend qualifizierten, aber engagierten Mitarbeiter dürften nicht durch Referendare ersetzt werden.

Auch SPD-Fraktionschef Nonno de Vries und sein Fraktionskollege Hans Hey räumten ein, die Tagesbildungsstätte habe »Hervorragendes geleistet«. Dennoch könne die jetzt geplante Sonderschule den Kindern besser gerecht werden. Hey und CDU-Fraktionssprecher Hermann Maatmann waren sich zudem einig, daß man in der Sonderschule G nicht mit dem jetzigen Personal weitermachen könne. »Erklärter Elternwille« sei gerade deren Ersatz durch »qualifizierte ausgebildete Pädagogen«. Auch für FDP-Sprecher Jan Herm Warsen war klar, daß der »Elternwille Vorrang hat vor den Mitarbeitern«.

Einig waren sich die Kreistagsmitglieder aber darin, daß die Lebenshilfe nun versuchen muß, so viel Personal der Tagesbildungsstätte wie möglich weiter zu beschäftigen, notfalls in anderen Bereichen der Einrichtung.